

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 3.50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Straßband 5.75 M. (Deutschland und Österreich), für das übrige Ausland 12.— M. zuzüglich Postausgaben.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-84, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem roten Raum, sowie jede Werbungszeile, ab auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut angelegtem Anzeigen-Kauf berechnet. Insekte für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Unterarten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-84, 2895-96, 9700

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beratungen im Ruhrgebiet.

Die Lage.

Essen, 1. April.

Einem Aufruf des Zentralkomitees zufolge findet nachmittags 3 Uhr in Essen eine Vollversammlung aller Vollzugsräte des Industriegebietes Rheinland-Westfalens statt, um zu beschließen, ob auf Grund der Erklärung der Regierung und der nachfolgenden Verhandlungen in Münster der Generallstreik aufgehoben werden soll.

Über die Lage im Ruhrgebiet werden von interessierter militärischer Seite die tollsten Gerüchte verbreitet. Der Zweck dieses Unterfangens ist ganz klar. Die Militärs stehen den Vorkämpfern der Arbeiterbewegung feindselig gegenüber. Sie wollen unter allen Umständen im Ruhrgebiet einmarschieren, um so dafür eine Handhabe zu bekommen, malen sie das Gesicht des „roten Schreckens“ mit den grünen Farben an die Wand.

Die Quelle aller Lügen ist das Generalkommando in Münster. Dort sitzen die hochverehrtesten Offiziere, nach Rechts schauend, weil der Kapp-Putsch mit einem Mißerfolg endete, dort sind die verpönten Offiziere der von den Arbeitern geschlagenen Freikorps Lüttich, Schulz und Lüchow am Werke, um Nach zu nehmen an der erlittenen Niederlage. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau, das eben noch die Kapp-Lügen verbreitete, schießt nunmehr die Spiegelgebirgen emporströmenden Nachrichten über das Ruhrgebiet in die Welt, um der Offiziersklasse die Möglichkeit für einen Sieg über den „inneren Feind“ zu verschaffen. Die reaktionäre Presse greift diese Schauernachrichten mit Eifer auf. Man merkt ihre Genugtuung darüber, daß es im Ruhrgebiet nicht ruhig werden will, daß wir die scharfmacherische „Post“ schreibt, „die Katastrophe unabwendbar wird“.

Die nüchternen Tatsachen über das Ruhrgebiet sind folgende: Das herausfordernde Ultimatum der Regierung hat die Erregung der Arbeiterbewegung heraufgelockt, daß es an vielen Orten erneut zum Generallstreik gekommen ist. Von einer „Roten Armee“ war und kann nicht mehr die Rede sein. Die Hauptmasse der bewaffneten Arbeiter ist bereits nach Hause gegangen und hat den Abmachungen gemäß die Gewehre abgeliefert. Ein paar kleine Gruppen, aus unverantwortlichen Elementen bestehend, treiben noch allerlei Unfug. Mit ihnen wird aber die Arbeiterschaft schnell fertig werden, wenn sie die Gewißheit hat, daß die Regierung auf dem Boden der Vorkämpfer Beschlüsse steht und den Militärs jeden Einfluß unterbindet. Die Lage wird ungemein erschwert dadurch, daß die Regierung die Geld- und Lebensmittelfuhr gesperrt hat. Sie arbeitet damit den Plünderern direkt in die Hände, reizt sie dazu an, Requisitionen und andere ungesetzmäßige Handlungen vorzunehmen. Eine klare, unzweideutige Politik der Regierung, unter Ausschaltung aller militärischen Gesichtspunkte, kann im Ruhrgebiet allein die Wiederkehr gesunder Zustände ermöglichen.

Die Krise in Dänemark.

Wie zu erwarten war, haben die dänischen Gewerkschaften sich die von der sozialdemokratischen Partei ausgegebene Parole des Generallstreiks zu eigen gemacht und die Organisationen aufgerufen, in den allgemeinen Ausstand einzutreten. Die Resolution der Generalversammlung der Gewerkschaften lautet:

„Indem die Generalversammlung die Nachricht von dem Staatsstreich des Königs mit Entrüstung aufgenommen hat und den von der Sozialdemokratie ergriffenen Gegenmaßnahmen ihre Zustimmung gibt, fordert sie die Arbeiterorganisationen auf, in den allgemeinen Ausstand einzutreten zu dem Zweck, die Einberufung des Reichstags, die Durchführung des neuen Wahlgesetzes, die Ausarbeitung von Verträgen auf christlicher Grundlage, die Lösung des gegenwärtigen Arbeiterkonfliktes, die Sicherung der Lebensbedingungen für die Arbeiter und die Aufnahme von Verhandlungen über die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe zu erzwingen.“

Die Organisationen werden weiter aufgefordert, sofort die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit der Ausstand spätestens Dienstag, den 6. April, freitags, in vollem Umfange in Kraft treten kann. Von dem Ausstande nicht betroffen sind die Krankenhäuser, Schulen und Kinderheime, die Gas- und Wasserwerke, die Post, die demokratischen Zeitungen und

Die den Arbeiterorganisationen gehörigen Betriebe. Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, unverzüglich zur Durchführung dieses Beschlusses zu schreiten und Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Ruhestörungen sollen nicht geduldet werden, und die Arbeiterorganisationen lehnen jede Verantwortung für Handlungen ab, die gegen diesen Beschluß verstoßen.

Der Beschluß der Gewerkschaften weicht von dem ursprünglich vorgesehenen Plane insofern ab, als er den Beginn des allgemeinen Ausstandes erst auf den 6. April verlegt. Inzwischen werden mit dem König Verhandlungen geführt, um ihn zum Rückzuge zu veranlassen. Einflußreiche Industrielle sind am Werke, um die Gegenseite zu überbrücken. Anscheinend schwebt ihnen irgendein fauler Kompromiß vor, um den Ausbruch des Generallstreiks zu verhindern, der, wie schon der Beschluß der Gewerkschaften zeigt, sich Ziele setzt, die über den politischen Inhalt der gegenwärtigen Krise hinausgehen.

Beginn des Generallstreiks.

Kopenhagen, 31. März

Die Bäckergehilfen haben heute die Arbeit niedergelegt. Die Hafenarbeiter, Seelen und Heizer beschlossen, die Arbeit nicht heute abend niederzulegen. Infolgedessen werden alle regelmäßigen Dampferverbindungen eingestellt. Die Straßenbahn- und die Telefonbediensteten werden die Arbeit morgen nachmittags 12 Uhr niederlegen.

Der Generaldirektor der Staatsbahn macht die Eisenbahnbediensteten in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, daß sie als Staatsbeamte nicht das Recht haben, sich dem Generallstreik anzuschließen. Die Eisenbahnbediensteten haben bereits beschlossen, in den allgemeinen Ausstand zu treten. Infolgedessen wird in bürgerlichen Kreisen Vorbereitung getroffen zur Werbung von freiwilligen Mannschaften für den Eisenbahndienst, um den Abgang einiger Züge täglich zu ermöglichen.

Kopenhagen, 31. März.

Die Partei der radikalen Linken des Reichstags hat den übrigen Parteien ein Schreiben zugestellt, in welchem es heißt: Da die Sozialdemokraten erklärt haben, daß der Generallstreik beendet werden kann, wenn der Reichstag einberufen und die Wahlgesetzgebung angenommen würde, fordert die radikale Linke die übrigen Reichstagsparteien auf, Sonnabend vormittags Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, um über das Wahlgesetz und die eventuelle Einberufung des Reichstags zu verhandeln. Die Sozialdemokraten haben diesem Vorschlag zugestimmt.

Der weiße Terror in Ungarn.

T. U. Wien, 1. April

Das hiesige ungarische Organ teilt die Namen von 30 angesehenen Offizieren und Advokaten mit, welche an dem Massenmord in Kecskemet beteiligt waren, teils als intellektuelle Urheber, teils als direkte Täter, und verlangt vom Reichsverweser die Einleitung einer strengen Untersuchung. Zu der Ermordung des Angehörigen Ingenieurs Stefan Müller teilt das ungarische Blatt mit, daß endlich auf Betreiben der Angehörigen Stefan Müllers die Leiche freigegeben wurde, nachdem sie vorher photographiert und von zwei französischen Regimentsärzten ein Besund ausgefertigt worden war, der geradezu entsetzlich lautet. Ein Auge ist geblendet, beide Wangen sind durchbohrt und der Aderper wie von Feilschenhieben herabhängende Verletzungen auf. Eine Abschrift dieses Besundes wurde nach Paris gesandt und soll dort der ungarischen Friedensdelegation vorgelegt worden sein. Man bringt den Schritt des Grafen Apponyi, der die ungarische Regierung im Interesse Ungarns vor einer Fortsetzung der Greuel warnt, damit in Zusammenhang.

Wir zweifeln nicht, daß Gorkh, der selbst der intellektuelle Urheber der unzähligen Morde seiner vertiereten Offiziere ist, wie in früheren Fällen eine „strenge Untersuchung“ ankündigen wird. Aber bislang ist noch nicht bekannt geworden, daß auch nur einer der Mörder trotz offenkundiger Beweise bestraft oder auch nur in Haft behalten wurde.

Ludenwaibe wieder geräumt. Den in Ludenwaibe eingekerkerten Truppen wurde gesagt, daß sie nur als Unruhmäher erscheinen und den Ort so schnell als möglich wieder verlassen möchten. Eine Deputation der Stadt begab sich zum Reichsverweserministerium und erreichte den Abzug der Truppen. Seit heute vormittags ist Ludenwaibe von der Plage wieder befreit.

Die Leipziger Kämpfe.

Von Hans Block.

I.

Die Leipziger Arbeiterbewegung hat schwere Tage hinter sich, und sie sind noch nicht zu Ende. Denn noch immer hat die sächsische Regierung sich nicht entschließen können, den Belagerungszustand wieder aufzuheben, den sie für Sachsen in den Tagen des Kapp-Putches beseitigen mußte, dann aber auf Betreiben des Militärs über die Kreishauptmannschaft Leipzig aufs neue verhängte. Und so haben wir hier wie in anderen Teilen Deutschlands das empörende Schauspiel, daß die Arbeiterbewegung, die sich wider die Gegenrevolution erhob und mit kühnen Mutopien die Kappgehilfe eines zweideutigen schwankenden Militärs erstreckte, von eben diesem selbst Militär jetzt niedergedrückt und mißhandelt wird. Unter dem Beifall des Bürgertums, das wenigstens in seinem demokratischen Bestandteil in der ersten Phase der Kapp-Revolution den Beistand des Proletariats wider die Ultrareaktionäre erbat, um dann, als der Kampf ernst wurde, als das bewaffnete Proletariat auf der Bildfläche erschien, sofort in Angstkrämpfe ob des angeblich drohenden Bolschewismus zu verfallen und die Arbeiterklasse heimtückisch an das Militär zu verraten. Das alte Schauspiel im Kleinen, das wir seit 1848 in so vielen Variationen gesehen haben.

Als am Vormittag des 13. März die Kunde von dem Staatsstreich der Junker und Militaristen in Leipzig bekannt wurde, fanden sich noch im Laufe des Frühnachmittags die drei sozialistischen Parteien in dem Entschlusse tatkräftiger Abwehr zusammen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten vergaßen die sämmernden Wunden, die ihnen noch wenige Tage vorher von den sächsischen Rechtssozialisten in der Volkskammer bei der Beratung ihres Antrages nach Aufhebung des Belagerungszustandes und Amnestie geschlagen worden waren. Es galt die Abwehr des gemeinsamen Feindes. Aber auch das Bürgertum rührte sich. Der Leipziger Bürgerausschuß, eine parteipolitisch neutrale Organisation des Leipziger Bürgertums, die zur Zeit des vorjährigen Generallstreiks geschaffen wurde, und an deren Spitze der „demokratische“ Unversitätsprofessor Dr. Göh steht, lud sämtliche Parteien, auch die der Arbeiter, an diesem Nachmittag zu einer Besprechung ein. Sie war außerordentlich interessant. Als Vertreter des Leipziger Brigadekommandos war der Chef des Stabes, der Hauptmann Budertort erschienen; neben ihm der Kommandeur der Zeitfreiwilligen, der Oberst Bierer. Natürlich konzentrierte sich das Interesse darauf, welche Haltung diese Herren zu dem Streich der Kappisten einnehmen würden. Aber das war aus den Herren nicht herauszubekommen. Sie, sowie verschiedene Offiziere des Zeitfreiwilligen-Regimentes, die ebenfalls erschienen waren, erklärten lebhaft, daß sie die Ruhe und Ordnung schützen wollten, wärd aber jeder Antwort auf die präzis gestellten Fragen nach ihrer Stellung zur Regierung Bauer bzw. zur Kappbande konsequent aus. Dabei war das Zeitfreiwilligen-Regiment schon am Vormittag des Tages alarmiert und mobilisiert worden, und die Vertreter des demokratischen „Leipziger Tageblattes“ und der rechtssozialistischen „Freien Presse“ konnten mitteilen, daß ihnen vom Zeitfreiwilligen-Regiment die Stellung von Schutzposten angeboten worden sei. Auf ihre erstaunte Frage, wozu das bei der völligen Ruhe in der Stadt nötig sein sollte, war ihnen von den Militärs erklärt worden, man wolle sie gegen „spartakistische Elemente“ schützen. Der Sammelruf gegen den Bolschewismus war also von vornherein als Köder für politische Dumme ausgelegt.

Die Demokraten und die Zentrumsparterie zeigten indes bereit noch keine Neigung, darauf anzugehen. Professor Göh erklärte den Militärs, daß jeder Versuch, ein Kapp-Regiment aufzurichten, den schärfsten Widerstand des demokratischen Bürgertums finden werde. Der Vertreter der Zentrumsparterie schloß sich Herrn Göh an. Sogar der Reichsanwalt Börner, ein Vorkämpfermitglied der Leipziger Gruppe der Deutschen Volkspartei, gab für seine Person wenigstens die gleiche Erklärung ab. Nur der Vertreter der deutschnationalen verabschiedete sich dahinter, daß er noch nichts Bestimmtes wisse und seine Partei noch nicht beraten habe. Unsere Genossen, sowie die

Rechtssozialisten kündigten selbstverständlich den kühnsten Widerstand der Arbeiterchaft gegen den Staatsstreik an und erklärten auf eine Anfrage, daß es jetzt die Arbeit des gemeinsamen Feindes gelte, und daß sie nicht daran dächten, die eben gebildete Einheitsfront des Proletariats durch die Verfolgung einer Forderung wieder zu durchbrechen, die sich ohnehin nur durchsetzen lasse, wenn die Mehrheit des Proletariats sich für sie entschieden habe. Genosse Bloch richtete an den Vertreter des Militärs die Frage, ob es den noch geltenden Belagerungszustand dazu benutzen würde, um Demonstrationen der Arbeiterchaft gegen den Bundesstreik der Kapp-Bande — die für Sonntag mittag zu erwarten waren, da unsere Partei 18 große Versammlungen einberufen hatte — zu verhindern, worauf der Chef des Stabes entgegnete, das einzige Zugeständnis, das von den Herren Militärs zu haben war, war die Zusage, daß sie friedlichen Demonstrationen nichts in den Weg legen werden. Ueber ihre politische Haltung betrahteten sie absolutes Still-schweigen. So, sie wandten sich sogar gegen den Antrag auf Herausgabe eines Flugblattes an die Zeitfreiwilligen durch den Bürgerausschuß, der sie auffordern sollte, sich nicht gegen die Verfassung gebrauchend zu lassen, denn die Truppe dürfe nicht — Politik treiben! Der Rektor der Universität, Professor Brandenburg, der einstige Leiter der Leipziger Gruppe der Vaterlandspartei, zieht „Demokrat“, kompromittierte schließlich, daß er über die Haltung des Militärs jetzt noch ebenso klug sei wie vor der Besprechung. Es unterlag also für den politisch Urteilsfähigen keinem Zweifel, und die Demokraten gaben das unter vier Augen auch ohne weiteres zu, daß das Militär starke Neigung zum Uebertritt auf die Kapp-Seite zeigte und ihm offenbar nur deswegen noch nicht vornahm, weil die Partei noch unsicher und weil der Oberstkommandierende in Dresden, General Maerker, bei aller Sympathie für die Kappisten noch nicht die Masse des Verfassungstreuen abgeworfen hatte. Unter dem bösen Eindruck dieser Tatsache ging die Besprechung auseinander.

Am Morgen des Sonntags strömte die Leipziger Arbeiterchaft in dichten Massen in die Versammlungen, und nach ihrer Beendigung — der Verlauf war überall derselbe, die entzückendste Kampfstimmung herrschte — vereinigte sie sich zu großen Demonstrationen. Der Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Genosse Lipinski, hatte am frühen Morgen eine Verfügung des Militärbefehlshabers erhalten, in der die innere Stadt, die von der Promenade umschlossen wird, sowie ein genau bezeichneter anschließender Teil der nördlichen Vorstadt als für die Demonstrationen gesperrt erklärt wurde. Da die Arbeiterchaft nach altergewohnter Weise auf dem Promadenring nach dem Augustusplatz marschieren wollte, der außerhalb des verbotenen Terrains liegt, so war gar kein Anlaß, dieser Verfügung entgegen zu handeln, wenngleich sie sehr überflüssig war, da alle Strohdemonstrationen der Leipziger Arbeiter bisher stets ohne jede Unordnung oder gar Plünderung verlaufen sind. Als die Arbeiter aber die Promenade erreichten, fanden sie die Zeitfreiwilligen in starker Bereitschaft, die ihnen an verschiedenen Stellen den Durchzug zum Augustusplatz streitig machten und in der herausfordernden Weise die Leidenschaft durch das Aufbauen von Maschinengewehren auf den Dächern von Balken und Schulhäusern ausloseten. Es kam zu Zusammenstößen, die bei dem tiefen Mitternachts, das die Arbeiter wegen der zweideutigen Haltung des Militärs erfüllte, bei solch provozierenden Abwehrungen ganz selbstverständlich eintreten mußten. Diese Zusammenstöße waren für die Zeitfreiwilligen das Signal zur Eröffnung des Feuers auf die unbewaffnete Menge. 15 Tote und über 30 Verwundete blieben auf der Strecke. Aber auch die Zeit-

freiwilligen hatten Verluste. In Schwermundwollidigem Glat haben sich Arbeiter auf die Wollwerkzeuge gestürzt, Maschinengewehre erbeutet und sind zur Vergeltung geschritten. Indes mußte die Arbeiterchaft natürlich das Feld räumen, die Zeitfreiwilligen, unter denen die deutschen nationalen Studenten, die erbitterten Feinde der Arbeiter, die Verteidiger ihrer und ihrer Väter Privilegien, besonders stark vertreten sind, hatten ihr Mütchen im Blute der Proletarier fühlen können.

Man hätte denken sollen, daß die Demokraten wenigstens gegen diesen Ueberfall auf friedlich demonstrierende Arbeiter in der härtesten Weise aufgetreten wären. Aber das gerade Gegenteil trat ein. Die Herren witterten, daß dieses Blutbad den Widerstand der Arbeiter entseelen werde, und das genügte, um sie wieder unter die Fittiche des Militarismus zu treiben. Eine noch sehr auslegungsfähige Erklärung des Militärs, daß es sich auf den Boden der Verfassung stelle, die erst am Sonntagabend erfolgte und erst am Montag bekannt wurde — Herr Maerker hatte inzwischen anscheinend schon ein Paar in der Kappflut gefunden und wollte sich auf seine bekannte „Bemittlung“ zugunsten seiner Befinnungsfreunde beschränken — genügte, um die Herren Demokraten zu leidenschaftlichen Parteigängern des Militärs zu machen. Der Arbeiterpost war bewußt, daß die Gefahr noch lange nicht abgeräumt war. Ihr Mitternachts wurde nicht wenig durch die gravierende Tatsache verurteilt, daß die Militärs zwei Kappische Werbeoffiziere „auswies“, statt sie festzusetzen, also ihnen direkt zur Flucht verhelfen. Die Arbeiter verschafften sich Waffen auf alle mögliche Weise, so namentlich durch Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Zeitfreiwilligen, in den studentischen Verbindungshäusern, die außerhalb des Machtbereichs des Militärs lagen, das sich aus dem inneren Stadtkern vorerst nicht herauswagte. Mit diesen Waffen in der Hand organisierte sich eine Arbeiterwehr, die Stellungen um den inneren Stadtkern bezog, um die Zeitfreiwilligen und Reichswehrtruppen an der Verübung weiteren Unheils, am Vormarsch in die Vororte zu hindern. Natürlich führte das binnen kurzem zu Zusammenstößen. Schon am Abend des Montags begannen Einzelkämpfer, die sich dann im Laufe der beiden folgenden Tage allmählich zu einem ständigen Feuergefecht auf allen Seiten entwickelten. Primitive Barricaden wurden aufgeworfen, das Militär war in seinen Stellungen zerniert und brachte gar bald neben den Maschinengewehren auch Minenwerfer in Anwendung. Das Passieren vieler Straßen wurde fast unmöglich. Die Straßenbahn hätte auch stillgelegt werden müssen, wenn sie nicht schon durch den am Montag mit imposanter Wucht und Einmütigkeit durchgeführten Generalkrieg eingestellt worden wäre. Die Redaktionen der meisten Blätter waren nur unter Lebensgefahr zu erreichen. Verschiedene Nummern der bürgerlichen Organe sind denn auch ausgefallen. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist, obgleich der Weg durch die Landauer Straße nur unter Lebensgefahr zurückzulegen war, bis auf Sonnabend, dem 20., jeden Tag erschienen. An diesem letzten Tage war das Gescheh so heftig, daß das gesamte Personal am Eingang der Landauer Straße umkehrte mußte.

Wann finden die Wahlen statt?

Die Regierung hat den Wahltermin noch immer nicht bekanntgegeben; es scheinen auch in ihren Kreisen starke Meinungsverschiedenheiten darüber vorhanden zu sein, wann sie stattfinden sollen. Bei der Beratung der Preussischen Landesversammlung erklärte gestern der Präsident Leinert, der Zeitpunkt der nächsten Sitzung hänge davon ab, ob die Wahlen zum Reichstag vor oder nach der Ernte stattfinden.

Wie möglich, die Wahlen bis nach der Ernte zu verschieben, ist ein Bruch der von der Regierung friedlich zugesagten baldigen Ansetzung der Neuwahlen. Die Regierung muß sich deshalb darüber klar sein, daß die Durchführung einer solchen Wahl das schärfste Richtrohr herbeiführen und zu heftigen Angriffen gegen die berechtigten Anlässe geben würde. Wir verlangen deshalb, daß sie von allen Verschleppungsversuchen Abstand nimmt und den Termin der Neuwahlen so schnell als irgend möglich bekannt gibt.

Die Rechtssozialisten und die Wahlen.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat sich der Parteiaus-schuß der S. P. D. bereits mit der Wahlvorbereitung befaßt. Der Parteivorstand wurde durch die kriegsgeordneten Adolf Braun, Richard Fischer, Karl Hilgenbrand und Franz Krüger erweitert. Als Ergebnis der allgemeinen Aussprache teilte der „Vorwärts“ mit: „Die Partei ist einig im Entschluß, den Wahlkampf gegen die imperialistische, politische und wirtschaftliche Reaktion mit der größten Entschlossenheit zu führen und, soweit es an ihr liegt, jede Zersplitterung der geschlossenen Arbeiterfront gegen rechts zu vermeiden.“

Eine am Mittwoch in den „Germania-Hallen“ tagende Konferenz aller auf dem Boden der S. P. D. stehenden Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre nahm nach einem Referat von Franz Krüger, über die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommenden Wahlen, folgende Resolution an:

„Durch die Niedererschlagung des Kapp-Zuges ist die reaktionäre militaristische Gefahr nicht beseitigt. Den Kampf gegen sie mit größtem Nachdruck weiterzuführen, ist die dringende Aufgabe aller wahrhaft demokratischen, republikanisch gesinnten Schichten des deutschen Volkes. Die neue Regierung muß daher im Sinne der Berliner Vereinbarungen zwischen Regierungsparteien und Gewerkschaften eine schleunige und rückfällige Entfernung aller unzulässigen Elemente aus Reichs- und Sicherheitswehren und die Heranziehung der organisierten Arbeiterchaft zum öffentlichen Sicherheitsdienst, die Demokratisierung der Verwaltung und eine entschiedene soziale Wirtschaftspolitik betreiben. Hierbei wird sie die kräftigste Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei haben. Es muß aber auch an die Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Partei die Aufforderung gerichtet werden, angesichts der drohenden reaktionären Gefahren endlich den Boden einer Politik der realen Tatsachen zu betreten. Die von den Unabhängigen bisher angestrebte Diktatur des Proletariats ohne Rücksicht auf die Machtverhältnisse im Volk-parlament würde ebenso wie eine militaristische Diktatur an dem Widerstand der großen Volksmehrheit unter furchtbarem Cyper in der Arbeiterchaft gescheitern. Jede Diktatur- und Putschpolitik von links bedeutet wie bisher nichts anderes als Unterstützung der Reaktion.“

Bei den kommenden Reichstagswahlen müssen daher alle Parteien geschlossen vorgehen, die bereit sind, für Republik, Freiheit, Demokratie und Sozialismus gegen Gewalt und Putsch ihre ganze Kraft einzusetzen. Sorgt das arbeitende Volk dafür, daß der neue Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit hat, dann ist die Wahl frei für die Verwirklichung unserer Ziele.“

Die Aufforderung der Rechtssozialisten an die U. S. P. nicht auf den „Boden der realen Tatsachen“ zu stellen, ist mindestens recht eigenartig. Denn der Boden der „realen Tatsachen“, von dem aus die Politik der S. P. D. betrieben wurde, ist der, auf dem die Kapp-Ültwits ihren Putz gegen das Proletariat durchzuführen suchten konnten, während die Haltung der U. S. P. durch die Ereignisse voll gerechtfertigt worden ist.

Kunst, Kunstsalon und Kritik.

Was die Künstler in ihren Ateliers an Bildern, Zeichnungen und plastischen Werken ordnen, würde über den Kreis ihrer persönlichen Freunde hinaus niemandem bekannt werden, wenn nicht die Kunstausstellungen wären, die das im Laufe der letzten Zeit geschaffene Material der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Ausstellungen sind dreifacher Art: Die staatlichen oder städtischen Museen für neue Kunst bringen eine sehr kleine Auswahl des Besten, das für die Dauer und unentgeltlich gezeigt wird. Wenigstens ist dies die Aufgabe der Museen. Ob sie wirklich immer nur das Beste sammeln und ob sie wirklich alles Beste heraufschaffen, ist eine zweite Frage. — An dritztelst folgen die großen Jahresausstellungen der verschiedenen Künstlergruppen. Am bekanntesten ist in Berlin die Ausstellung im Glaspalast am Lehrter Bahnhof, die unter dem alten Regime dem Verein Berliner Künstler vorbehalten war, seit 1919 aber auch den oppositionellen Künstlerverbänden geöffnet ist. Neben der Ausstellung im Glaspalast bestehen als von gleicher Art in eigenen Räumen die Jahresausstellungen der Berliner Sezession und der Freien Sezession. Wird die kleine Auswahl der Museen vom wirtschaftlichen Daseinskampf der Künstler nicht mehr berührt, so mischen sich künstlerische und wirtschaftliche Absichten in den Jahresausstellungen der Künstlerverbände, die zugleich Märkte für Bilder sind mit dem Zweck, Verkaufsmöglichkeiten zu schaffen. Und drittens gibt es die von den privaten Kunsthandlungen veranstalteten Ausstellungen. Um ihre Ware auszuliegen und das Publikum anzulocken, richten sich die Kunsthandlungen eine kleine Markthalle ein: den Kunstsalon, in dem sie jeden Monat eine neue Ausstellung machen von Werken, deren Verkaufrecht sie sich gesichert haben. Da die Kunsthandlungen in harter Konkurrenz stehen, bringen sie, um einander zu über-treffen, auch manchmal allgemein interessierendere Ausstellungen. Aber daß bei ihnen in erster Linie der Wille steht, gute Geschäfte zu machen, ist doch selbstverständlich. Denn sie sind Geschäfteleute wie alle Händler, und daß die Ware, mit der sie handeln, Kunstwerke sind, macht ihr Geschäft wohl „feiner“, „vornehmer“ und „gesellschaftlicher“, aber auch sozial bedenklicher.

Da die Ausstellungen der Kunsthandlungen rein geschäftliche Unternehmungen sind, ist es einigermaßen verwunderlich, daß die Tageszeitungen diesen Ausstellungen so großes Gewicht belegen. Während das Geschäftliche jenseits in den Inserenten oder in den Börsenberichten vertrieben ist, werden die Unternehmungen der Kunsthandlungen im „Kunstsalon“ regelmäßig gewürdigt. Für verständlicher Erklärungsweg könnte nur sein, daß für manche Künstler die Kritik über die Ausstellungen fast die einzige Hoffnung ist, bekannt zu werden; daß der Kritiker also nicht den Händlern zu Liebe, sondern den nun einmal auf diese angewiesenen Künstlern zu Liebe die Ausstellungen der

Salons bespreche. Dieser Gedanke leuchtet auch mich bisher, wenn ich hier einzelne Ausstellungen bespreche. Die Leser werden aber bemerkt haben, daß diese Ausstellungenskritiken immer seltener wurden, — und in der Folgezeit werden sie noch seltener werden.

Die bisherige Kritik ist ein Mischling aus Kunstkritik und Salonkritik. Sie ist nicht selbständige Kunstkritik, da sie sich das zu beurteilende Material wesentlich von anderen bestimmen läßt, nämlich von den Händlern, während es doch die wichtigste Aufgabe des Kunstkritikers wäre, sich das Material selbst zu stellen. Kunst ist doch vermutlich noch etwas anderes, als was die paar großen Händler dafür auszugeben für nützlich halten. Aber die bisherige Kritik ist auch nicht konsequente Kritik der Kunstsalons. Denn, wenn sie das wäre, — und das bedeutete keine zu überachtende Aufgabe! — dann müßte sie in deren ganzen inneren Betrieb hineinleuchten. Denn gerade, wenn man die Kunst als eine Sache allgemeinen öffentlichen Interesses ansieht — und das allein rechtfertigt doch ihre Kritik in den Tageszeitungen — sollte man immer wieder prüfen, ob sie (und der einzelne Künstler) nicht in der Politik der Händler Schaden leidet.

Unsere Aufgabe soll es sein, unabhängig von der Politik der Kunsthandlungen die Kunst zu würdigen. In unseren Betrachtungsbereich sollen also die wichtigsten Neuerwerbungen der Museen, die öffentlichen Kunstausstellungen, wie Bauten oder Denkmäler (Möblich tut mehr rot als Erziehung) und die selbständigen Ausstellungen der Künstlerverbände . . . und in Ausnahmefällen, wenn wirklich ein allgemeines Interesse vorliegt, auch gelegentlich eine Händlerausstellung.

Im Uebrigen werden wir die Kunst an der Quelle aufsuchen. Die Künstler, die uns etwas bedeuten, gleichgültig ob sie von einem Kunsthändler vertreten und ausgestellt werden oder nicht, wollen wir unseren Lesern durch kurze Aufsätze bekannt machen. Es ist freilich wahr, daß dann nicht immer die Möglichkeit gleichzeitiger Anschauung bestehen wird. Aber die große Jahresausstellung am Lehrter Bahnhof führt ja so ziemlich alle einmal zusammen, bietet also reichlich Gelegenheit, die Anschauung zu ergänzen und nachzuholen. Und mancher Künstler wird vielleicht auch zu bestimmten Stunden eines Tages sein Atelier erschaffen Kunstfreunden öffnen. — Jedenfalls: der bisherige Weg der Kunstkritik kommt für uns, Leser wie Schreiber, nicht mehr in Frage. Wir suchen und einen neuen Weg, der und zugleich erlaubt, das untrübbare Geträub der mittelständigen und schlechten Arbeiten abzuschöpfen. Welchen wie wir auf das, was uns von Wert erscheint. Die Kritiker vor Mühsal und das Verfehlen überlassen wir den Oberlehrern. Die Annahme eines unerschöpflichen Kritikers als eines Mannes, der den Wohlstand der Kunst besitzt, ist ohnehin ein Fiktion. Der Kritiker sei ein Mensch, der Kritik sammelt aus dem Erleben seiner Zeit — seiner, den den Künstlern ihre Zensuren gibt . . . Aber das blicke aufgeben der Kunstkritik. Vielleicht noch würde das

haben? Kunstkritik ist nur ein Produkt des Kunstgeschicks. Je eher sie überflüssig wird — um so besser für alle.

Adolf Wehne

Hans Reclam, der Mitbegründer der bekannten, inzwischen auf 6000 Nummern angewachsenen Reclam-Bibliothek, ist 80 Jahre alt in Leipzig gestorben. Wenn auch nicht alles in dieser Sammlung einwandfrei sein konnte und viel böder Unterhaltungsfisch eingeschmuggelt wurde, so haben doch die millionenfach verbreiteten Büchlein (jetzt natürlich auch verteuerten) Büchlein in alle Häuser die Schätze deutscher Dichtung und Gelehrsamkeit getragen.

Sonntagruhe und Presse. Auf der kürzlich in Brüssel abgehaltenen Jahresversammlung des Belgischen Presseverbandes wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, demzufolge mit allen Kräften erstrebt werden soll, ein belgisches Gesetz herbeizuführen, daß der Presse die unbedingte Sonntagruhe verbürgt und in ganz Belgien in der Zeit von Sonntag mittag bis Montag Mittag jeden Zeitungsoberlauf verbietet.

In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplanes am Montag, den 3. 4., abends, nicht „Paul Langa und Lora Parsberg“, sondern „Nach Domostros“ gespielt. Anfang 7 Uhr. — Die Vorstellung des klassischen Theaters „Woh von Verklungen“ vom 20. März, die wegen der Märzruhen ausfallen mußte, findet nunmehr am 14. April (Mittwoch) nachmittags 2 1/2 Uhr statt. Die alten Eintrittskarten haben Gültigkeit.

In der Dehmelsche des Verbandes der freien Volksbühnen, die am Karfreitag mittags 11 1/2 Uhr im Theater am Bülowplatz stattfindet, wird Julius Weh die Gedächtnisrede halten und Friedrich Kayhler aus Dehmels Gedichten recitieren. Kammer-sänger Josef Mann singt Anforgerische Kompositionen Dehmelscher Lieder. Conrad Anforger selbst wird Beethoven's Sonata appassionata spielen. Karten sind an der Kasse erhältlich.

Osterkonzert. Der Verband der freien Volksbühnen veranstaltet am Ostermontag und Osterdienstag mittags 12 Uhr in der Philharmonie Konzerte mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung des ersten Kapellmeisters der Staatsoper Dr. Fritz Stiedern. Mitwirkende: Vera Schwarz (Sopran-Oper), Professor Karl Flesch (Violine). Zur Aufführung gelangt: Weber: Ouvertüre zur Oper Abu Hassan, Mozart: Violinkonzert A-Dur, Wagner: Sinfonie Nr. 4 für Orchester und Sopran solo. Karten zu 2.50 M. an der Kasse der Philharmonie, Geschäftsstelle der Volksbühne, Breitskopff und Gärtel, Potsdamer Str. 21, Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Str. 69, Warenhäuser von Hermann Tietz. Siehe auch das morgen früh in der „Freiheit“ erscheinende Inserat.

Das Tänzerpaar So Pesse und Joachim von Seetow absolviert vom 1. Osterfesttag an in der Romischen Oper ein kurzes Schauspiel mit neuen Tönen im Rahmen des musikalischen Lustspiels „Wenn Trauer träumen“ von Franz Hill-

Scheidemann der „halbe Unabhängige“

Es war bisher bereits bekannt, daß Scheidemann, er schon immer eine feine Witterung für die Stimmung der Massen hatte, in Stuttgart den Versuch unternommen hatte, die rechtssozialistischen Mitglieder der Regierung und die rechtssozialistische Fraktion zu einer Aenderung ihrer politischen Stellungnahme zu bewegen. Trotz seiner Behauptungen wurde aber Roske von der Fraktion aufgefordert, in seinem Amte zu verbleiben. In einer Gewerkschaftsversammlung in Kassel hat nun Scheidemann über diese Dinge berichtet, so daß die zweideutige Haltung von Ebert und Bauer sowie der rechtssozialistischen Fraktion offensichtlich ist. Wir geben deshalb nachfolgend Scheidemanns Ausführungen wieder:

„Ich ging in Stuttgart zuerst zu Ebert und Bauer. Diese beiden die Lage meiner Meinung nach zu optimistisch; ich vermute nicht, daß ich eine so rosige Auffassung teilen könne. Denn man muß die Folgen beachten, die sich aus dem Klappstehen der Regierung ergeben werden. Meine vertrauliche Frage an Ebert war: „Was ist mit Roske?“

Die Antwort Bauers war charakteristisch: „Was sollen wir mit Roske machen? Da bleibt alles, was es ist.“

Schon damals erklärte ich, daß Roske nicht zu halten sein würde, da wohl die ganze Partei gegen ihn ist. An diesem Tage hatten wir eine Besprechung, an der 20-22 Fraktionskollegen teilnahmen. Adde berichtete über die Kabinettsitzung, die am Tage vor dem Putz stattfand. Das Bedeutsame, was er erzählte, war, daß schon am Dienstag vor dem Putz, also zu einer Zeit, zu der die Fraktion in Berlin versammelt war, Forderungen an die Reichsregierung herangetragen wurden, die bereits gestern, am Dienstag, erfüllt und am Sonnabend wurden die Fraktionsmitglieder leider nicht davon. Adde führte weiter aus: Die größte Sorge des Kabinetts bestand darin, daß jetzt die Reichswehr demütigt werden würde und daß man dann gegen Sozialisten und Bündler keinen Schutz mehr hätte. Adde beendete seinen Bericht mit der Feststellung der Reichswehr: man dürfe sich keinen Illusionen hingeben, denn die Reichswehr würde nicht gegen Reichswehr kämpfen.

Diese Besprechung fand am Dienstag Abend statt. Mittags gab es eine neuerliche Fraktionsitzung, diesmal waren schon etwa dreimal soviel Abgeordnete anwesend. Reichswehrminister Roske wurde erwidert, zu berichten. Er benötigte eine ganze Vormittagsitzung dazu, den Beweis zu versuchen, daß er in der Reichswehr getan hat, richtig ist. In einer neuerlichen Sitzung am Nachmittag habe ich Roske widersprochen. Roske hat gegenüber der Fraktion gesagt: Bei diesen Ausführungen zeigte sich zwar einiger Überdruß in der Fraktion, doch wurde ich — abends zuvor war es zum Redner bestimmt worden — einstimmig als solcher geapostrophiert.

Donnerstag früh: neuerliche Sitzung der Fraktion. Es gab unangenehme Angriffe gegen Roske, freilich auch Versuche, zu verzeihen. Am Nachmittag fand die denkwürdige Sitzung der Nationalversammlung im Landestheater statt. Es herrschte eine Erregung, wie kaum je zuvor, doch merkte ich bei meiner Rede, daß ich selbst in unserer Fraktion Ueberrohung erfuhr. Doch gab es, als ich schloß, noch ungetriebene Weisungen. Die Rede sollte sogar auf Antrag einiger Genossen als Broschüre in ganzen Reich verbreitet werden.

Freitag morgen: neuerliche Fraktionsitzung, fast die ganze Regierung anwesend: Ebert, Bauer, Roske, Müller, David. Ebert sprach wiederholt und machte Mittelungen über Verhandlungen in Berlin mit Bogens. Um die Mittagszeit war ich eine halbe Stunde abwesend. Während dieser Zeit wurde der Beschluß gefaßt: Roske zu ersuchen, daß er bleiben möge, doch wurde kein Vertrauensvotum ausgestellt.

Schon am Dienstag hatte ich in der Fraktion gefordert, das Zentrum nach links zu werfen. Man wollte nicht fort von der Koalition. Ich erklärte, die Rücktrittsfrage dürfe nicht weit gehen, daß man die eigenen Anhänger vor den Kopf stoßt. Die wurde vorgeworfen, ich gehe zu weit nach links, ich sei schon in halber Unabhängiger. Ebert berichtete am Nachmittag desselben Tages in einer Kabinettsitzung, zu der ich eingeladen war, über die Berliner Verhandlungen, über die Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Er teilte die bekannten Forderungen des Zentrums mit. Ich hatte schon im Vormittag aus dem Telegramm, aus welchem Ebert vorlas, gesehen, daß (als erster Punkt) der Rücktritt Roskes gefordert wurde. Als der Reichspräsident diesen Punkt jetzt nicht erwiderte, stellte ich die australische Frage: „Ich bitte den Reichspräsidenten oder den Reichsminister um Auskunft, ob nicht noch eine andere Forderung gestellt werde.“ Als Ebert den Kopf schüttelte, fragte ich genauer, ob nicht etwa er gerade jetzt nur eine Umbildung des Kabinetts gefordert, worauf ich bemerkte, daß da natürlich Roske doch mit gemeint sei. Die lange Szene war äußerst unerquicklich.

Die Folge dieser Verhandlungen war, daß das Kabinett immer verlegener wurde. Auf Vorschlag wurde dann eine Kommission nach Berlin geschickt, und zwar für die Kommission der Reichsminister Bauer und die Minister Gieseler, Hammer und Gehler, für die Reichsparteien: die Abgeordneten Reer, Dehmel, (Zog), Haas (Dem.) und Brauns (Ztr.).

Sturmabteilung Schmidt.

Das Sturmabteilung Schmidt, dem Reichswehr-Regiment 20 angehörend, ist einer der reaktionärsten Truppenteile Berlins. Es hat sich sofort der Regierung Kapp zur Verfügung gestellt, um die Verhältnisse für die neuen Machthaber vorzunehmen. Heute ist es wieder auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, ist es, weshalb die Regierung bis auf die Knochen und Längst für „Ruhe und Ordnung“ das Sturmabteilung unterhält einen ausgebreiteten Spionagedienst, der von die Unterlagen für Verhaftungen und andere schändliche Gewaltmaßnahmen liefern muß. Wie gründlich die Kappellen dabei arbeiten, mag aus dem Bericht vom 22. März hervorgehen, der unter anderem das folgende enthält:

Wie sehr die Juden mit der U. S. P. D. in Verbindung stehen, möge die Karte zeigen, daß am 11. 3. anschließend

an einen Gottesdienst in der Synagoge in der Kollnseestraße unter strengster Wächterung und Geheimhaltung eine kommunistische Versammlung abgehalten worden ist. Ein Offizier, der durch derartige Vorfälle seine Untergebenen beunruhigt, gehört nicht in die Reichswehr. Er muß sofort verschwinden, ganz abgesehen davon, daß er sich durch seine Teilnahme für das Verbrechenskonjunktium Wittich-Bauer-Kapp des Hochverrats schuldig gemacht hat.

Verteilung der bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen.

Am Mittwoch Abend lagte im Herrenhaus eine vom Deutschen Wirtschaftskongress einberufene Versammlung, auf deren Tagesordnung die Sozialisierungsfrage stand. Der Referent Direktor Forten beurteilte die Erfolge der bisherigen Sozialisierung sehr ungünstig. Es seien weder Produktivitätssteigerung oder Preisstabilität noch Verbesserung der Arbeiterschaft eingetreten. Die Ursachen seien vor allem, daß bei dieser ausschließlich von Theoretikern bearbeiteten Frage kapitalistisch nicht interessierte Hochleute nicht zu Wort kommen könnten und der Widerstand einzelner Regierungsteile. Wenn der Staatsbetrieb bisher versagt habe, so sei dies kein nachhaltiger Einwand, denn erstens wolle man ja Privatunternehmen in Staatsbetrieb überführen, zweitens sei die Sozialisierung auf den Staatsbetrieb beschränkt. Sozialisierungsmaßnahmen seien jene Industrien, in denen der technische Fortschritt zum Stillstand gekommen sei, alle Massenartikel herstellenden Industriezweige, die mit den lebensnotwendigen zusammenfielen. Hier sei der privatrechtliche Einfluß schädlich, denn er zwinge zur Profitwirtschaft ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse zu erklären, die durch eine unerhörte Preispolitik die Konsumenten ausbeuteten. Der Sozialisierungsversuch Wiffell-Koellendorfs sei gescheitert; die Selbstverwaltungskörper seien reine Interessenvertretungen geworden.

In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner ein eigenes Sozialisierungsprogramm, das darauf hinausläuft, an Stelle einzelner Industriezweige gemischte Werke zu sozialisieren, um dadurch eine rationelle Beeinflussung der Preispolitik der Sanitäts- und der Organisation der Privatbetriebe solle dabei erhalten bleiben, nur daß der Staat der einzige Gesellschafter der sozialisierten Betriebe werde.

Das Wüten der Reaktion auf dem Lande.

Auch im Kreise Kuppin wies die Arbeiter durch einmütiges Zusammenstehen den Angriff der Reaktion zurück. Nachdem die kommenden Wahlen waren schon lange demerbar. Die Organisation der Bauernvereine wurde mit Hochdruck betrieben, d. h. nur auf dem platten Lande. In Kuppin, wo S. P. Mitglieder die Mehrheit haben, sind bis heute keine Waffen ausgegeben. Güter und Dörfer waren mit Maschinengetreide und Handgranaten reichlich versehen. Vertrauensleute des Landarbeiterverbandes wurden ohne Grund gemordet. Das sich die Reichswehr unter Führung des „rühmlich“ bekannten Oberleitnants v. Grothe sofort zur Verfügung der Kapp-Regierung stellte, ist selbstverständlich. Landrat, Amts- und Gemeindevorsteher, Schüler des Gymnasiums arbeiteten Hand in Hand und sorgten für schnelle Verbreitung der Befehlsbefehle der Kuppin.

Am Sonntag proklamierte der Aktionsausschuß den Generalstreik. Einmütig wurde die Arbeit niedergelassen. Anfangs der Woche folgten auch die Landarbeiter. Sofort setzte die rote Gewalt ein. Reichswehr, Gendarme, selbst einzelne Gendarmen nahmen die Verhaftung der Vertrauensleute des Landarbeiterverbandes vor. Der Erfolg blieb aus! Die Landarbeiter erklärten: Ohne unsere Führer wird keine Arbeit angefaßt. Und so mühten denn die Vertrauensleute noch vierzig Tage wieder entlassen werden. Ohne Blutopfer kann die Ordnungsbefehle natürlich nicht auskommen. Am Montag den 18., wurde ein erst kürzlich aus der Gefangenschaft zurückgekehrter Kämpfer bei der Feststellung der „Ruhe und Ordnung“ erschossen. Die Verdrängung richtete sich zu einer noch wilderen Ausbeutung des Proletariats. Möge das auch hier unerschütterlich dergefallene Blut dazu dienen, die Feindschaft der Arbeiterklasse umso fester zu kiten!

Gewerkschaftliches.

Hungerlöhne bei der Neuföln-Mittenwalder Bahn.

Was zu welchem Grade die Verhältnismäßigkeit gewisser Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitnehmern in wirtschaftlichen Dingen zeigt, zeigt in geradezu klassischer Form die Firma Berling u. Wächter, Berlin SW., Neuburger Straße 15/16, die Wächterin der Neuföln-Mittenwalder Eisenbahn. Das Lohn- und Gehaltsregulativ dieser Privatbahn ist zum Tarifvertrag, welcher am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten und für die Dauer eines Jahres Geltung besitzt, sieht folgende Löhne vor:

Gruppe I: Von einem Alter von 18. bis zum vollendeten 20. Jahre 2.10 M. Gruppe II: Vom 21. bis zum vollendeten 25. Jahre 2.30 M. Gruppe III: Vom 26. Jahre 2.50 M. Hinszu kommt ein Zuschlag von 45 Pf. pro Stunde.

In dem genannten Betriebe sind ca. 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. 50 hiervon beziehen einen Stundenlohn bis zu 2 M., 30 Mann bis zu 2.20 und 20 Mann 2.50 M. Bedeutsam ist, daß ein Beamter von 21 Monatsjahren ein Monatsgehalt von 500 M. empfängt. Eine Stenotypistin erhält bei derselben Firma 130 M. pro Monat abzüglich der Beiträge zur Invaliden- und Krankenkasse. Von den 100 Arbeitern und Beamten sind etwa 65 verheiratet und haben ihren Wohnsitz zum größten Teil in Berlin oder den Vororten Groß-Berlins. Der Arbeiterverband der Deutschen Straßenbahn, Kleinbahn und Privatbahnen E. S., der die Interessen der Firma Berling u. Wächter als Tarifkontrahent vertritt, weigert sich, in Verhandlungen zu einer Neuregelung der Bezüge der Arbeiter und Angestellten einzutreten. Die Firma ist in die Tariflöhne gebunden, da sie andernfalls eine Konventionalstrafe von 10 000 M. zu zahlen hätte.

In einer am 19. d. M. stattgefundenen Betriebsversammlung sämtliche Arbeiter und Angestellten der Neuföln-Mittenwalder Eisenbahn wurden nachstehende Forderungen aufgestellt: 1. Die sämtlichen Bezüge bzw. Löhne für alle Klassen der Angestellten und Arbeiter einschließlich der Bezahlung der Staatsbahn mit Rücksicht auf 1. Januar 1920 zu regeln. 2. Die Unterlassung jeder Wahrgelung aus Anlaß des Streiks. 3. Die Bezahlung der Streiklöhne.

Das Personal der Neuföln-Mittenwalder Eisenbahn befindet sich seit dem großen politischen Rückwärtsschritt in einem Lohnstreik. Auf Grund dieser Forderung hat die Firma, vertreten durch den Herrn Direktor Assessor Roske, jede Verhandlung mit der Arbeiter- und Angestelltenvertretung abgelehnt. Das Personal ist zu zwei Dritteln im Deutschen Eisenbahner-Verband organisiert. Die Firma will den Deutschen Eisenbahner-Verband, weil er nicht Tarifkontrahent ist, an den Verhandlungen nicht teilnehmen lassen. Das geradezu arbeitgeberfeindliche Benehmen des Herrn Direktors hat außerordentliche Enttäuschung unter den Arbeitern und Angestellten verursacht. Die Folge davon ist, daß das gesamte Personal, vom Bahnmeister bis zum Streckenarbeiter, vom Korsteher bis zum Hilfskassierer sich solidarisch zur Arbeitsverweigerung erklärt hat. Die wirtschaftlichen Folgen dieses berechtigten Kampfes sind

unübersehbar. In dem Eisenbahntrahnen der Neuföln-Mittenwalder Eisenbahn befinden sich 56 Gleisabschnitte zu großen und kleinen Unternehmungen. Unter anderen die Firma Sieffert u. Köffe, Drahtenmüller, Sorotti, Beamtenwohnheim, Konsum, Lebensmittel-Lagerhaus des Kreises Zehlendorf u. a. Die durch den Streik verursachte Not zu dem Streik gezogene Arbeiter- und Angestelltenvertretung appelliert an die Öffentlichkeit, ihre Förderung durch Verständnis für ihre schwierige Lage zu unterstützen. Die Arbeiter und Angestellten der Neuföln-Mittenwalder Eisenbahn wünschen nichts, als die Gleichstellung mit den Bediensteten der Staatsbahn, die in ihren Bezügen noch weit hinter der Löhnen der Bediensteten der Privatbahnen zurückbleibt.

Der Streik der Herrenhofscheider geht weiter!

In einer Versammlung der streikenden Herrenhofscheider am Dienstag referierte Genosse Schürmacher über das Verhandlungsergebnis mit den Unternehmern. Diese hatten sich zu folgendem Angebot aufgeschlossen: Die Arbeit soll zu den alten Bedingungen aufgenommen werden. Ab 8. 4. wird in der 1. und 2. Klasse ein Stundenlohn für Akkordeurbeiter von 5,00 M., für Postkassierer von 5,30 M. gewährt, ab 1. 5. ein Lohn von 5,00 M. bzw. 6.— M. Die Arbeitnehmer sollten sich bis 1. 7. bedenken.

Dem Verichte schloß sich eine eingehende Erörterung des Angebotes an; schließlich wurde es abgelehnt und beschlossen, weiter im Streik zu verharren und den Unternehmern neue Forderungen vorzulegen. An alle Arbeitnehmer wird appelliert, keine Streikarbeit zu leisten.

Zentralverband der Angestellten (Hochgruppe 26, Herrschb., Siebenbrunnensch.). Die unerhörte Verfügung des Reichsministers der Finanzen — gez. v. Dr. Schroder — wird zwar heute zur Kenntnis der Dienststelle gebracht zur genauesten Beachtung ist aber inzwischen durch nachstehende Verfügung zurückgenommen worden:

Berlin, den 29. 8. 20.

An T. D. Engegen Verfügung Reichsfinanzministerium vom 17. März 1920 Nr. 1. H. 2613, S. 1. S. 1. Nr. 770. 8. 20. A. 1. vom 19. 8. und 22. 8. (A. 1) sind nach Reichskabinetts-Entscheidung Streikklage unter Voraussetzung der Arbeitsaufnahme am Montag, den 22., bis 20. einschließlich für Lohnarbeiter bis 21. einschließlich für Angestellte zu bezüglichen Entlassungen aus Streik-anlaß sind rückgängig zu machen.

Deeres-Abwicklungshauptamt Nr. 1137. 3. 20. H. L. (Bw.) (A. 1).

Personen, die Klagen voranläßt oder Maßnahmen getroffen oder Ansprüche geltend haben, die erkennen lassen, daß sich dieselben auf den Boden der verfassungswidrigen Kapp-Regierung gestellt haben, sind umgehend mit kurzen Angaben über den Tatbestand zu melden.

Niede, Weisenfer, Freitag, Kuppung am Puffstücken, Nachmitt. 7. Anfangsunterricht 8-9 vormittags 9 bis 10 Uhr, 10-11, 11-12, 12-1 nachmittags 2 bis 3 Uhr, 3-4, 4-5, 5-6, 6-7, 7-8. Ausweispapiere mitbringen.

Groß-Berlin.

Mieterverband und Höchstmieten.

Der Mieterverband hat an seine Mitglieder folgende Weisung gerichtet:

„Der Bezirksausschuß in Potsdam hat noch immer nicht über die Höhe des Zuschlages zur Friedensmiete entschieden. Wir raten daher den Mietern, vorläufig die vertraglich festgesetzte Miete am 1. April zu zahlen, werden aber bei der Regierung für folgende Forderungen eintreten: 1. Der Zuschlag zur Friedensmiete darf nicht über 20 Prozent betragen. 2. Wer am 1. April mehr als 20 Prozent hat zahlen müssen, soll bei der nächsten Mietzahlung den unzulässigen Betrag abgeben dürfen. 3. Beträge, die über den Satz von 20 Prozent hinaus für Hausreparaturen ausgedrückt werden, dürfen nur mit Uebereinstimmung mit den Mieterausschüssen verwandt werden.“

Zeit wird es, daß der Bezirksausschuß baldigst eine Entscheidung trifft.

Achtung! Arbeiterlöhne! Die Arbeiterlöhne, welche gewiß sind am Sonnabend bei der Bezahlung der Militärsparatisten mitzuwirken, werden gebeten, Freitag vormittags 10 Uhr, in der Köpcke-Postamt zur Probe zu erscheinen.

Arbeiter-Sängerbund.

Die Speisung von 8000 Kindern ist in Lichtenberg durch das begabte Liebeswerk der amerikanischen Relief-Koloniegemeinschaft der Quäker ermöglicht worden, die für die unterernährten Kinder Nahrungsmittel zur Bereitung einer Zwischenmahlzeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. Die Lagerverwaltung und die Zubereitung der Speisen ist von der städtischen Waisenanstalt übernommen worden. Für diesen Zweck war die sofortige Aufstellung von 4 Kesseln, die Anschaffung von 50 Transportkisten und eine Personalvermehrung notwendig. Der Betrag dieser Kosten soll von den besorgten Eltern in einem Umfange von 25 Pf. für die Portion erhoben werden. Den Transport und die Verteilung der Speisen hat das Wohlfahrtsamt übernommen. Mit der Bezahlung des Offens ist bereits begonnen worden. Es werden in der Hauptsache Kalbsmilch mit Milch und Schrippen, Nudeln, Bohnen mit Fett und ähnliche Gerichte verabfolgt. Zunächst kommen 2000 Portionen zur Verteilung, mit baldiger Steigerung der Ausgabe ist jedoch zu rechnen. Ingesamt soll jedes Kind 100 Mahlzeiten erhalten. Im ganzen sollen in Lichtenberg etwa 5000 Kinder gespeist werden.

Neue Amtsbezeichnungen im Neuföln-Mittelschiffamt. Die städtischen Körperschaften haben in einer der letzten Sitzungen beschlossen, daß den in Neuföln bestehenden bisherigen Armenkommissionen den Namen „Wohlfahrtskommissionen“ und den bisherigen Armenpflegern die Bezeichnung „Wohlfahrtspfleger“ beigelegt werden soll. Damit ist einem seit langer Zeit bestehenden Wunsch der Neuföln-Ehrenbeamten, eine adäquate Amtsbezeichnung zu erhalten, Rechnung getragen.

Zähne 4 Mark 7.- Mark

mit echtem Friedens-Kaufschuck
schöne, natürliche Farbe bei 5 jäh. schriftlicher Garantie.
Zahnlehen mit frischer Dichtung nach bewährter Methode bei Herstellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gummien. Krone von 30 Mk. an. Keine Latexproben! Packungsmittel Mundschutz und Rat Postcard

Zahnpraxis Hatvani, Danziger Str. 1
Ecke Schloßhauer Allee, Flanier Danziger Straße.
Bereitschaft von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zu vollster Zufriedenheit gefertigt.

